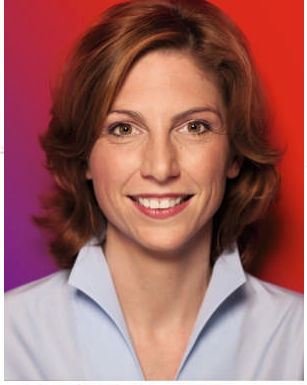

04 / 2014 www.SBL2013.de 31.01.14

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
kaum hat der parlamentarische Alltag begonnen, haut es uns schon wieder Veränderungen und Neuerungen um die Ohren. Mehr dazu lest ihr heute in „eigener Sache“.
Die nächsten Wochen und Monate werden vom Kommunalwahlkampf geprägt sein und die Stimmung bei den Neujahrsempfängen und Mitgliederversammlungen gibt mir Mut und macht Freude auf den Wahlkampf.
Sowohl im Kreis Neuwied als auch im Kreis Altenkirchen wollen wir mit der SPD ein paar Prozentpunkte zulegen.
Ich freue mich, dass ich wieder für den Kreistag in Altenkirchen kandidieren darf- denn diese Verbundenheit mit der Basis ist mir sehr wichtig! Und auch die Europawahl haben wir im Focus! Europa wird immer bedeutender- und ist weit mehr als der Krümmungsgrad von Bananen. Also auch hier gilt es zu überzeugen und zu begeistern!
Auf einen spannenden Wahlkampf freue ich mich schon jetzt ganz nach dem Motto: Nach der Wahl ist vor der Wahl.
Herzlichst *eure Sabine*

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

29.1.2014 = Guter Tag für die Rente

Das erste große Gesetz, das den Bundestag erreicht, kommt von einer SPD-Ministerin. Wir stellen uns den sozialpolitischen Herausforderungen: Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, kann früher in Rente gehen. Wer nicht mehr kann, ist durch eine verbesserte Erwerbsminderungsrente besser abgesichert.
Der 29.1.14 ist ein guter Tag für die Rente. Mit dem von Bundessozialministerin Andrea Nahles vorgelegten Rentenpaket zeigen wir: versprochen und gehalten.
Das erste große Gesetz, das den Bundestag erreicht, kommt von einer SPD-Ministerin. Wir stellen uns den sozialpolitischen Herausforderungen: Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, kann früher in Rente gehen. Wer nicht mehr kann, ist durch eine verbesserte Erwerbsminderungsrente besser abgesichert. Und mit der sogenannten ‚Mütterrente‘ erkennen wir die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren sind, besser an.
Die verbesserte Rente ist das eine, die Bekämpfung der Erwerbsarmut das andere. Denn sichere Renten in Zukunft gibt es nur mit guter Arbeit in der Gegenwart.
Deshalb werden wir auch nicht nachlassen für gute Arbeit zu sorgen. Beispielsweise durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der als nächstes folgt.

Innen

Was mit Snowden endgültig klar wurde

Datenschutz ist nicht nur eine Frage des Schutzes der Persönlichkeitsrechte, sondern auch eine Frage der nationalen Sicherheit.
Insofern wäre eine starke europäische Datenschutz-Grundverordnung ein erster Schritt dieser doppelten Aufgabenpflicht nachzukommen.
Im digitalen Zeitalter verfügen vor allem international agierende private Wirtschaftsunternehmen wie Google oder Facebook über eine enorme Menge an privaten Daten.
Auch Nachrichtendienste streben offenbar an, diese Daten für ihre Zwecke zu erlangen, zu nutzen und auszuwerten - wie auch die neuesten Vorwürfe von NSA-Spionage in von Apps gesammelten Daten zeigen. Damit wird Datenschutz nicht nur eine Frage des Schutzes von Persönlichkeitsrechten, sondern auch eine Frage der nationalen Souveränität und der inneren Sicherheit.
Der heutige 8. Europäische Datenschutztag steht daher ganz im Zeichen der europäischen Datenschutzreform. Auch wenn die Datenschutz-Grundverordnung nicht unmittelbar die Zulässigkeit von Überwachungsmaßnahmen reguliert, regelt sie die Frage, wie private Unternehmen mit ihren riesigen Datenbeständen umzugehen haben.
Insofern wäre eine starke europäische Datenschutz-Grundverordnung ein erster Schritt dieser doppelten Aufgabenpflicht nachzukommen und im europäischen Markt die gesetzliche Regulierungshoheit über die Erhebung, Nutzung und Weitergabe von Daten wiederzuerlangen. Sinnvoll kann dies nur im Rahmen eines einheitlichen europäischen Datenschutzrechts geschehen und nicht mit einem Flickenteppich unterschiedlicher datenschutzrechtlicher Regelungen in den einzelnen europäischen Mitgliedstaaten.

Kultur & Medien

Urteil zum Filmförderungsgesetz schafft Klarheit

Die SPD-Fraktion begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Filmförderungsgesetz. Das ist ein Erfolg für den deutschen Film und ein wichtiges Signal vor Beginn der Berlinale.
„Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Filmförderungsgesetz (FFG) ist ein bedeutsamer Schritt zur Sicherung der Vielfalt, Unabhängigkeit und Kreativität der deutschen Filmwirtschaft.
Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des FFG und die Rechtmäßigkeit der Filmabgabe gegenüber einer Verfassungsbeschwerde von Großkinobetreibern.
Der Bund hat das Recht, mit dieser Pflicht zur Filmabgabe neben dem wirtschaftlichen Aspekt auch kulturelle Ziele zu fördern.

Beim FFG handelt es sich um ein anerkanntes Förderinstrument, das weltweit kopiert wird. Die Filmförderung durch die Filmförderungsanstalt (FFA) wird durch die Abgaben aus der Verwertung von Filmen finanziert. Es handelt sich hierbei also um ein solidarisches, regional unabhängiges Fördersystem von der Filmwirtschaft für die Filmwirtschaft. Einerseits ist es unabdingbar, dass das FFG als eine tragende Säule des deutschen Filmfördersystems erhalten bleibt. Gleichwohl ist es wichtig, sowohl das FFG, als auch andere Instrumente der Filmförderung in Deutschland an der rasanten Entwicklung und den veränderten Rahmenbedingungen in der Filmwirtschaft Rechnung zu tragen. Das Abgabesystem des FFG muss neue Verwertungswege und -formen berücksichtigen und dadurch zukunftsfest ausgestaltet werden, so wie es SPD und CDU/CSU im Koalitionsvertrag formuliert haben. Dazu gehört auch die Digitalisierung des Kinos sowie die Inklusion von behinderten Menschen, damit das Kino auch in der Fläche seine Funktion als sozialer Ort erfüllen kann."

Gesundheit

Qualitätsoffensive für Krankenhäuser

Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie im Krankenhaus nach dem neusten medizinischen Stand und in bester Qualität behandelt werden. Dazu wollen wir sehr schnell eine Qualitätsoffensive gemeinsam mit den Krankenhäusern starten.

„Die Studie der AOK zeigt, dass die Qualität in deutschen Krankenhäusern noch weiter verbessert werden kann. Das wird ohne mehr Personal, besonders im Bereich der Pflege, nicht gehen. Deshalb müssen die Personalkosten der Krankenhäuser in den Budgetverhandlungen besser abgebildet werden.

Im Koalitionsvertrag haben wir außerdem vereinbart, ein neues Qualitätsinstitut zu gründen, die Qualitätsberichte der Krankenhäuser zu verbessern, OP-Sicherheits-Checklisten zum Standard zu machen, Qualitätsverträge zwischen Kassen und Krankenhäusern zu ermöglichen und Register zur Beobachtung der Langzeitergebnisse aufzubauen. Bei bestimmten Indikationen soll Patientinnen und Patienten immer eine Zweitmeinung angeboten werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird.

Die Qualitätsverbesserungen in den Krankenhäusern müssen jetzt schnell angegangen werden. Das liegt nicht nur im Interesse der Patientinnen und Patienten, sondern auch im ureigenen Interesse der Krankenhäuser selber. Auch die Krankenkassen profitieren, weil jeder vermiedene Behandlungsfehler Geld spart."

Kommunales

Städtebauförderung „Soziale Stadt"

Nach den Kürzungen des Programms Soziale Stadt der vergangenen Jahre gibt es in den Städten und Gemeinden einen großen Nachholbedarf. Wir werden das Programm Soziale Stadt finanziell deutlich stärken und es zu einer ressortübergreifenden "Strategie Soziale Stadt" ausbauen.

Besonders für Kommunen, die geballt mit den Folgen von Armutszuwanderung konfrontiert sind, ist das Programm Soziale Stadt ein wichtiges Instrument, um die Abwärtsspirale aus Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung und Verwahrlosung zu stoppen.

Denn es reicht nicht, nur die Wohnsituation zu verbessern. Auch die Jugendarbeit muss gestärkt werden, Sprach-, Ausbildungs- und Gesundheitsförderung müssen hinzukommen, damit sich soziale Ausgrenzung nicht verfestigt. In den betroffenen Stadtquartieren müssen zusätzlich zu den Mitteln des Bauministeriums auch Fördermittel anderer Ressorts gebündelt eingesetzt werden.

Mit einem fachübergreifenden Ansatz kann das gelingen. Das zeigen die guten Erfahrungen mit dem 1999 gestarteten Programm Soziale Stadt.

Bonbon

"Dieses Jahr wird ein Meilenstein für die europäische Demokratie. "

(Martin Schulz, MdEP

In eigener Sache

Abschied & Neubeginn

In unserem Berliner Büro gibt es eine personelle Veränderung ab dem 1.2.2014! Nach mehr als drei Jahren verabschieden wir Sebastian Bläser aus Wissen schweren Herzens aus unserem Team. Viele von euch kennen Sebastian aus dem Wahlkreis oder durch seine inhaltlche Arbeit für den Sportausschuss. Auch Tibet, und insbesondere der Tibetgesprächskreis, lag ihm sehr am Herzen. Gleichzeitig war er unser Beauftragter für neue Medien. Er wechselt nun in das Büro von Thomas Hitschler MdB, wo er künftig vollzeit beschäftigt sein wird. Immerhin bleibt er uns Rheinland-Pfälzern treu. Wir wünschen Sebastian, der stets der ruhige, ausgleicheichende Pol in unserem Team war, alles, alles Gute für die Zukunft!

So spontan wie Sebastians Abschied kam, so spontan haben wir auch unseren Neuzugang gewonnen. Wir begrüßen ganz herzlich Stefan Jurisch aus Brandenburg in unserem Team. Stefan wird sich um den Menschenrechtsausschuss sowie diverse Bürgeranfragen kümmern. Er kennt als Landesgeschäftsführer der Jusos die Partei und auch der Bundestag ist ihm durch verschiedene Praktika nicht fremd. Ihr werdet Stefan bestimmt auch bald mal persönlich kennenlernen, wenn das Berliner Team zu Besuch im Wahlkreis ist.

Alles Gute für den Start im Team von SBL ☺

Ringelrötgeln & Mutterschutz

Noch was in eigener Sache... meine Mutterschutzzeit beginnt erst am 20.2.2014, so dass ich eigentlich erst ab dann nicht mehr in Berlin bin. Allerdings gab es in unserem Berliner Büro Ringelrötelalarm und der hat mich zu einer kleinen Quarantäne gezwungen, so dass ich die vergangene Woche hier im Wahlkreis verbracht habe. Ob ich vor dem 20.2. nochmal nach Berlin „darf" , wird mein Doc in den nächsten Tagen entscheiden.

Aber vor Ort bin ich nach wie vor für euch da ☺

Termine

31.01.14	**18.30 Uhr**	**SPD-Kreiskonferenz, Betzdorf**
01.02.14	*11.00 Uhr*	*Besuch PPP, Bruchertseifen*
	19.11 Uhr	*Prunksitzung Erpel*
02.02.14	**17.00 Uhr**	**Kirchenkonzert, Kirchen**
03.02.14	**19.00 Uhr**	**Demografie-Veranstaltung, SPD Bad Ems**
04.02.14	**18.30 Uhr**	**Veranstaltung Landfrauenverband AK, Landjugendakademie**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**